

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 17

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Internationale Einschaltung

-an- Die Schweiz wird der UNO beitreten, das ist heute, nach der «Aussöhnung mit Russland», eine Sache, die wohl sicher steht. Indessen gibt es allerlei abzuklären. Wir sind nicht gesonnen, die «ewige Neutralität» aufzugeben. Bundesrat Petitpierre hat das schon öffentlich dargetan. Der Ausdruck «Neutralität» ist nicht umsonst mit dem Attribut «ewig» versehen worden. Am Wiener Kongress wurde eben festgelegt, dass wir unter eine «besondere rechtliche Kategorie einrangiert» würden. Es wurde uns etwas auferlegt, wozu wir uns umgekehrt verpflichteten. Der alte Völkerbund sanktionierte diesen Rechtszustand und vertiefte damit die Tradition, die schon an und für sich «heiligende Kraft» gibt. Wollten wir heute von uns aus die Dinge ändern und erklären, die «ewige Neutralität» nicht mehr als Verpflichtung anerkennen zu wollen, wären die Grossmächte wahrscheinlich als Rechtspartner berechtigt, zu protestieren. Umgekehrt dürfen wir uns verwahren gegen Beschlüsse anderer Mächte, welche uns nicht mehr als «ewig neutral» anerkennen möchten. Natürlich sind das theoretische Angelegenheiten. Aber aus der Anwendung von Theorien entstehen praktische Situationen. Und anerkannte Theorien bestimmen die Praxis... Das ist bekannt. Wenn die Grossmächte, die in der UNO den Ton angeben, sich für die Theorie gewinnen lassen, die seinerzeit der Völkerbund anerkannte, und wenn die UNO-Vollversammlung unsere Aufnahme unter Anerkennung unseres «Neutralitätsstatuts» beschliesst, dann wird unsere internationale Stellung durch einen neuen Pfeiler gestützt.

In Bern haben am 4. April Verhandlungen begonnen zwischen einer UNO-Delegation und einer schweizerischen Delegation, die von Bundesrat Petitpierre präsiert wurde. Am 19. April waren zwei Abkommen perfekt. Das eine überträgt die Rechte des alten Völkerbundes an den Gebäuden in Genf auf die UNO. Das zweite regelt provisorisch die Privilegien und Immunitäten der UNO-Vertreter auf unserm Boden, d. h. praktisch der Vertreter aller Staaten, welche der UNO angehören und ihre Leute als UNO-Delegierte nach Genf schicken werden. Wir sind also so weit, dass in den alten Gebäuden in Genf neuerdings getagt und gearbeitet werden wird, das heisst: Die UNO gedenkt ohne Zweifel eine ihrer Organisationen oder mehr als eine in Genf zu stationieren. Die Russen sollen sogar heute dafür weiblern, Genf überhaupt zum Sitz der «Vereinten Nationen» zu machen. Dass das natürlich unsern Beitritt bedingt, ist klar.

Wir gewinnen mit diesen neuen Tatsachen einen festen Boden für unser Begehren, als «ewig neutral» anerkannt zu werden. Als «Hüter des Internationalen Roten Kreuzes» dürfen wir derlei Rechte moralisch längst geltend machen. Als Hüter eines neuen Völkerbundssitzes, und wäre es auch nur eines Teilsitzes, bekämen wir noch einen Rechtsgrund mehr dazu. Es ist nur gut, wenn wir uns über solche Rechtsgründe selbst klar werden, vor allem, wenn die Grossmächte der Ueberlieferung nicht genügend Rechnung tragen möchten.

Kampf dem Hunger

Im Juli sollen die Weitzgetreidevorräte aufgebraucht sein. So heisst es. Was das genau bedeutet, ist keineswegs klar. Nur die für den Handel verfügbaren Ueberschüsse können gemeint sein. Der Bauer bleibt allenthalben sein eigener Herr, und in seinen Speichern mag er mehr oder weniger Getreide haben, das er nicht abliefern, weil er weiss, wieviel er für sich und seine Familie, aber auch für sein

Vieh braucht. Vorräte, die nicht unter die «Welthandelsvorräte» fallen, gibt es auch anderswo, bei den Müllereien und — den Brennereien. Es ist — man muss sagen gottseidank — so! Denn diese nicht erfassten Vorräte sind es, die uns immer wieder vor den allergrößten Schäden bewahrt haben. Es wird mancher Sack hervorgerollt und verkauft — zu höhern Preisen womöglich, der sonst aufgespart geblieben wäre. Die privaten Vorräte brechen die Härte der «statistisch strengen Zahlen», verleihen der Wirtschaft eine Elastizität, die verloren ginge, wenn alles nach Plan ginge, wenn der letzte Sack «statistisch erfasst» würde. Dieser Umstand mag einen nicht kleinen Trost in der kommenden Gefahr bedeuten.

Es ist sogar in Deutschland so, dass die Katastrophe durch das Vorhandensein der «geheimen Vorräte» gemildert wird. Seit die Amerikaner und Engländer in ihren Zonen die «Kalorien-Rationen» auf die Hälfte reduziert haben, müssen die Deutschen (theoretisch) hungern oder gar verhungern, und die pessimistischen Betrachter behaupten bereits, das Reich werde zu einem einzigen «Belsen»; die zugebilligten Kalorien überstiegen nicht mehr jene des entsetzlichen Konzentrationslagers von Anno 1945. Das stimmt nun gottseidank alles nur theoretisch. Die Deutschen werden gewiss hungern, und viele andere Völker noch mehr als die Deutschen. Aber sie werden all die vielen «Ausweichgeleise» benutzen können — heute besser als vor einem Jahr. Natürlich bringen die «Rucksackkarawanen», die an jedem Feiertag aus den Städten in die Landschaft hinaus pilgern, nur das Notdürftigste heim, und immer wird die Ausbeute individuell sein. Was die neu bebauten Gärten und Gärten hervorbringen, hilft aber ebenfalls. Vom Mai an gibt es eben dies und das, wenn es auch weniger Brot und Fleisch gibt. Nur Fett müsste mehr da sein...

Wir erlauben uns ganz überzeugt, diese Ueberlegungen gerade angesichts der Kassandrarufer auszusprechen, und zwar, weil wir glauben, erst dann auf der richtigen Stelle zu stehen, um den britisch-amerikanischen Kampf gegen den Welthunger nach seinen Erfolgsmöglichkeiten abzuschätzen zu können. Die Anstrengungen der Labourregierung und Mr. Trumans dürften von Erfolg gekrönt sein, gerade weil ihnen in den Hungerländer einige günstige Umstände zu Hilfe kommen werden: Der Umstand, dass die Hungerzeit in den Sommer fällt und allerlei pflanzliche Ersatznahrung beschafft werden kann — und der Umstand, dass es allerorten bäuerliche Reserven gibt, die hervorgeholt werden. Dies zusammen mit den UNRRA-Zufuhren wird zum Erfolg führen. Davon sind wir überzeugt.

Man darf natürlich nicht übertreiben und die Gefahren dieses Hungersommers unterschätzen. Wenn eine englische Zeitung behauptet, die kanadischen Farmer hielten mit der Hauptmasse ihrer Vorräte bewusst zurück, um nachher richtige «Hungerpreise» herauszuschlagen, und im gegebenen Moment würden sie — wenn auch zu spät für die Mangelgebiete — herausrücken, so trifft dies nicht den Kern der Sache. Derlei Spekulationen sind altgewohnt und finden eben immer dann statt, wenn man mit dem «Faktor Hunger» rechnen kann. Und es ist leider nicht so, dass es keinen Hunger gäbe, falls diese bösen Farmer ihre Kornsäcke sofort verladen und christlich abtransportieren wollten.

Der amerikanische Hilfeplan wird übrigens die Hoffnungen aller Spekulanten dämpfen, denn sobald sie sehen, dass den Hungernden Vorräte aus andern Quellen zur Verfügung stehen, werden sie viel-

leicht früher «ablieferungswillig». Und Truman sorgt in der Tat für diese andern Quellen. *Sechs Punkte* sind es, *sechs Beschlüsse*, die dem amerikanischen Plan ihr Gepräge geben. Erstens sollen *die Mühlen der USA vom 22. April bis zum 30. Juni ihre Mehlproduktion auf 75% derjenigen von 1945 senken*. Die dadurch eingesparten Weizenmengen werden für den Export zur Verfügung gestellt. Zweitens sollen alle Betriebe, welche Lebensmittel herstellen und dazu Weizen brauchen, die Anno 1945 beanspruchte Menge im gleichen Verhältnis herabsetzen. Drittens dürfen vom 1. Mai an die Weizenlager solcher Betriebe und aller Mühlen nur noch den Bedarf für 21 Tage decken. *Viertens erhalten alle Lieferanten, welche Vorräte abliefern, bis zum 25. Mai pro Bushel 30 Cents als Gratifikation*, und zwar in Form einer Gutschrift. Mit andern Worten, man kommt den Spekulationsgelüsten freiwillig entgegen und ersetzt zeitig, was die Farmer mit Verspätung zu erspekulieren hoffen könnten, durch eine Prämie. *Bis zum 25. Mai nur gilt diese Prämie* — bis dahin also will man die Vorräte hervorlocken. Moralisten, die theoretisch solche Prämien verurteilen und behaupten, man sollte die spekulierenden Farmer lieber an die Wand stellen, sollen gefälligst studieren, wie jammervoll ein derart «moralisches System» Anno 1922 oder so in Russland funktioniert hat. Wir glauben, dass allein solche Prämien das Richtige sind. Und am allerberichtigsten, dass diese Prämien nur bis am 25. Mai ausbezahlt werden. Denn es gilt, die geheimen Vorräte sofort herauszuholen. Hoffentlich sind die 30 Cents pro Bushel genug, um die Farmerwünsche zu befriedigen. *Fünftens kauft das USA-Landwirtschaftsministerium fünfzig Millionen Bushels Weizen* (oder soll das Wort «Korn» vielleicht Mais heissen?) ein und bezahlt den Lieferanten ebenfalls 30 Cents pro Bushel über den Marktpreis, in ebensolchen Gutschriften. Sechstens wird dieses Ministerium *jede erhaltbare Menge Gerstenmehl* aufkaufen und für die Verschiffung bereitstellen. In diesen sechs Punkten kommt ein Mass von Einsicht und gutem Willen zum Ausdruck, der uns nach vielen, vielen trostlosen Ereignissen in der Welt endlich wieder Grund zum Hoffen gibt. Oder will man behaupten, die Amerikaner handelten aus purer Berechnung? Sie seien nur darum so freigebig, weil sie ihre «künftigen Milchkuhe füttern» wollten, die Völker, die morgen Abnehmer der amerikanischen Industrie sein müssten? Das mag dabei sein. Aber Klugheit und Anständigkeit sind keine Gegensätze, wenigstens keine absoluten und unverträglichen. Die Einsicht, dass man mit keinem verarmten Partner handeln könne, ist eben eine richtige Einsicht, die in der Welt von gestern oft genug gefehlt hat. Und vielleicht ist es doch Amerika, das mit seinem praktischen Denken zuerst begreift, wie sehr all das vorbei sei: Die Ausplünderung fremder Weltteile, der Raub von Rohstoffen, die Belieferung mit wertlosem Schund, Praktiken, die den Beginn der europäischen Kolonialherrschaft charakterisierten. In der Zukunft wird man gleich dem Bauern, der seiner Wiese zuerst das Nötige gibt, um von ihr etwas zu bekommen, «auf Gegenseitigkeit handeln» müssen. Wird auch die «Absatzgebiete» instand setzen müssen, dass sie liefern können und wird ihnen das Abnehmer erlauben. Denn wie sollten sie sonst auf die Dauer Gründe zu einem neuen System wirtschaftspolitischer Praxis. Das ist das Wichtigste.

Man wird nun erwarten können, dass auch Kanada und England ähnliche Massnahmen wie die USA treffen werden. Sie sind von den USA konsultiert worden, und es besteht Uebereinstimmung in den Ansichten über die Richtlinien, die befolgt werden sollen.

Das Thema Hunger und Politik spielt natürlich in den amerikanischen Plänen auch seine Rolle. Man kauft sich Sympathien, indem man hilft, ganz gewiss. Und jene Staaten, die sich dabei ausschalten, wer-

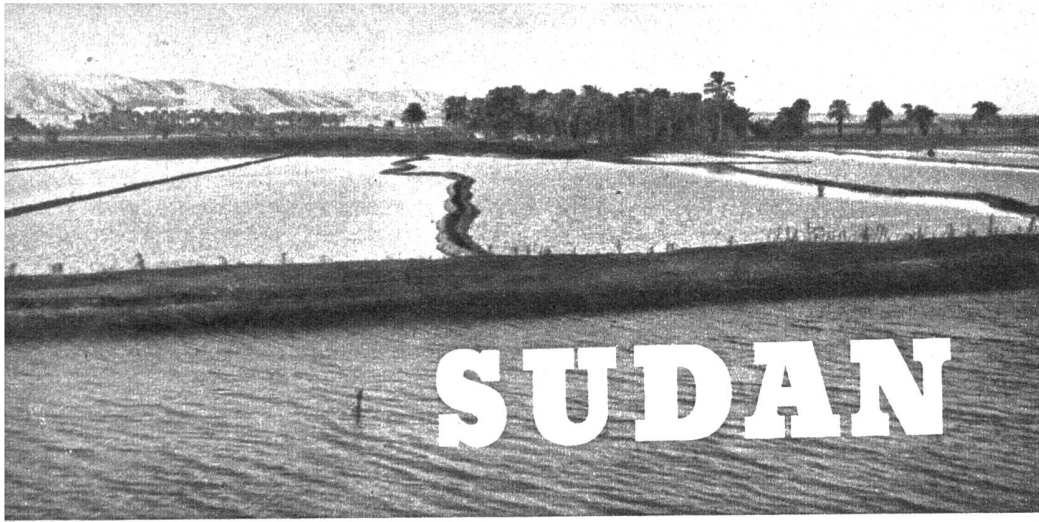
den nicht zu reklamieren haben, wenn sie am Ende dastehen als jene, die keinen Finger gerührt, als Europa, das einstige japanische «Grossostasien» und Indien hungerten. Für Russland, das offiziell nichts unternimmt, bedeutet das zweifellos einen Prestigeverlust. Und zwar einen ärgerlich, als es in der *Persienfrage* zu erleiden drohte und schliesslich halb und halb zu vermeiden vermochte.

Im übrigen geht von dieser Hungeraktion so etwas wie eine *«Verdammung der puren Politik»* aus. Der Mann von der Strasse, der sowieso politischen Programmen und mehr noch Berufspolitikern, die sich programmatisch gebärden, misstraut, wird diesmal auf seine Rechnung kommen. «Endlich etwas Vernünftiges», wird er sagen. «Endlich einmal eine Tat!» Er geht einig mit jenem kleinen, dicken «italienischen Halbjuden» namens *La Guardia*, der viele Jahre als populärer Bürgermeister von Neuyork amtierte, die Gangsters ausrottete und die Verwaltung dieser Republik musterhaft erneuerte, und der nun als *der neue Präsident der UNRRA* funktioniert und auf den Tisch haut, wenn es ihm zu theoretisch zugeht.

La Guardia hat erklärt, dass er keine Schreibmaschine, sondern «*Pflüge, Pflüge und nochmals Pflüge*» brauche, dazu schnellfahrende Schiffe, um ungesäumt die aufgetriebenen Lebensmittel in die Hungergebiete zu fahren. Ein Wort, das in die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts eingehen wird. Es ist übrigens die Frage, wie nahe *La Guardia* der USA-Bundesregierung steht, und ob die «sechs Punkte» nicht der Idee nach auf seine praktischen Gedankengänge zurückzuführen seien. Natürlich hat mancher andere Amerikaner im vergangenen Kriege seine Schulung im «Planen» mit ähnlichem Erfolg wie *La Guardia* bestanden, und es denkt mancher andere ähnlich wie er. Und es wird wie in der UNRRA allenthalben der Krieg zwischen «Papier und Theorie» auf der einen und dem praktischen Zugreifen auf der andern Seite geführt werden müssen.

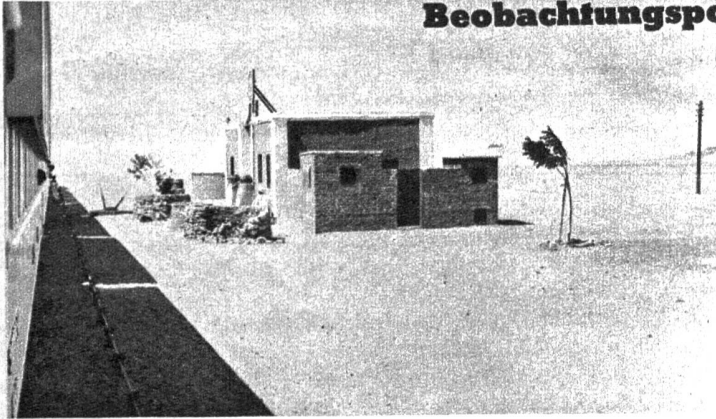
La Guardia hat auch erklärt, dass er sich sogleich mit *Peron* in Verbindung setzen werde, mit *Peron*, der seither im Kampf um die argentinische Präsidentschaft einen gewaltigen Wahlsieg errungen hat. «Ich kümmerge mich nicht um politische Systeme», soll *La Guardia* gesagt haben. Sie seien nebensächlich in einem historischen Moment, da es der Hungerdrohung Herr zu werden gelte. Und so hat er sich denn daran gemacht, den «Fascisten *Peron*» einzuspannen, damit er die argentinischen Vorräte ungesäumt der UNRRA zur Verfügung stelle. Für *Peron* ist das eine Chance wie keine zweite. Wir vermuten, er werde sie ausnützen und damit die Schläge parieren, die ihm von den demokratischen USA zgedacht waren. Man erinnere sich, dass vor ihm *der brasilianische Präsident Getulio Vargas* eine Zeitlang mit Hitler und Mussolini liebäugelte, sich aber nachher, als ihm die ganz echten Fascisten und Deutsch-Brasilianer an den Hals wollten, zum «demokratischen Diktator» durchauserte. Die Möglichkeit, dass der neue Diktator in Buenos Aires, *Peron*, eine ähnliche Mauseuerung durchmacht, ist durchaus denkbar. Er will die *Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den Fabriken zum Gesetz machen* — wer weiss, dieser Anfang treibt ihn an die Seite seiner Gegner von gestern, und seine neue Beziehung mit *La Guardia* hilft die Wendung vollziehen. Wenn er den umgekehrten Weg des einstigen Anarcho-Sozialisten *Mussolini* ginge, würde er die Relativität der puren Parteipolitik und aller Ideologen aufs krasseste demonstrieren, ganz im Sinne *La Guardias*! Doch hat er das noch nicht demonstriert.

Und *die Russen*, welche *Polen* vorgeschickt haben, um im Sicherheitsrat den Fall *Franco* aufzugreifen, und die auch hinter Frankreich stehen und mit ihm die wirtschaftliche Blockierung Spaniens und den diplomatischen Boykott *Polencos* befürworten, werden weiterhin die «Reinheit einer politischen Idee» verfechten und schon aus philosophischem Instinkt jenen «Schauspieler *Peron*» hassen.



SUDAN

Beobachtungsposten Afrikas



Eine britische Militärstation im Sudan

Oben:

Der Nil bedeutet für die Afrikaner ein Heiligtum. Von seinem Wasser hängt Mangel oder Überfluss an Nahrung ab, Leben oder Tod. Mit seinem Wasserweg von 6500 km ist er der längste Fluss der Erde und befruchtet grosse Gegenden Afrikas

Links:

Ein Wachtposten des Nils, der den Wasserstand nach Assuan meldet, wo sich das grosse Stauwerk befindet. Ob ihm nicht noch eine andere Bedeutung zukommt?

Unten links:

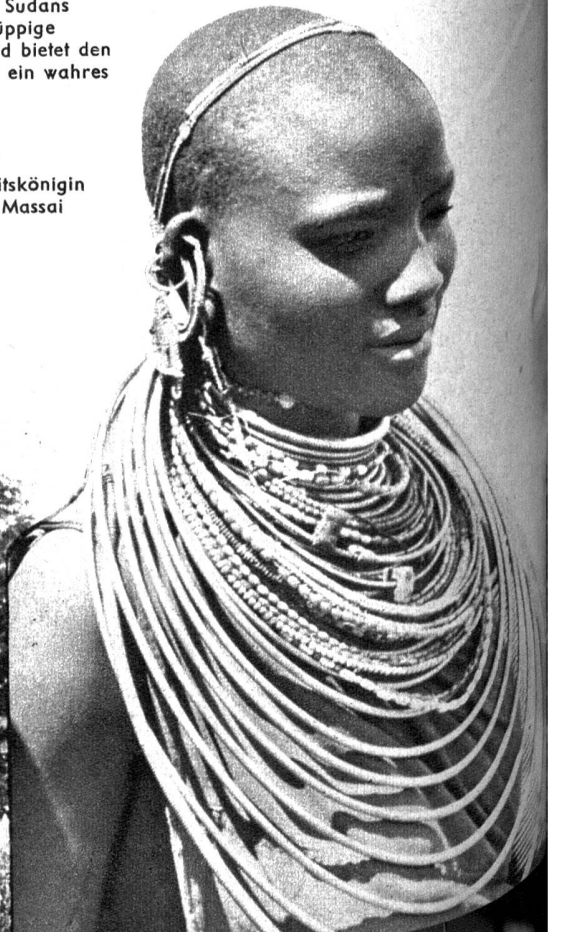
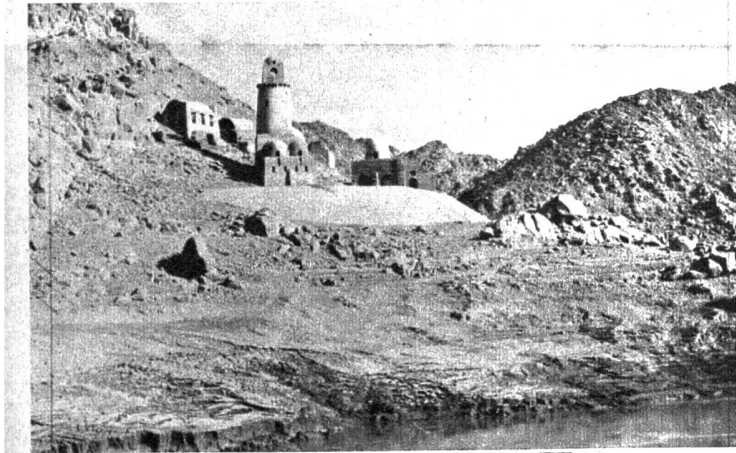
Im Süden des Sudans gedeiht eine üppige Vegetation und bietet den Eingeborenen ein wahres Paradies

Unten rechts:

Eine Schönheitskönigin vom Stamme Massai

«Das Kolonialsystem birgt in sich selber grosse Gefahren für den allgemeinen Frieden.» — Diese Behauptung wird, weil sie der Wahrheit entspricht, bei den Friedensverhandlungen der UNO sicher manches Problem zur Lösung des zukünftigen Weltfriedens hervorrufen. Die Kolonialfrage ist heute zweifelsohne in noch völliges Dunkel gehüllt; über eine Neuverteilung, Abtretung oder sogar Aufhebung von Kolonien haben die Regierungen nur Fühler ausgestreckt.

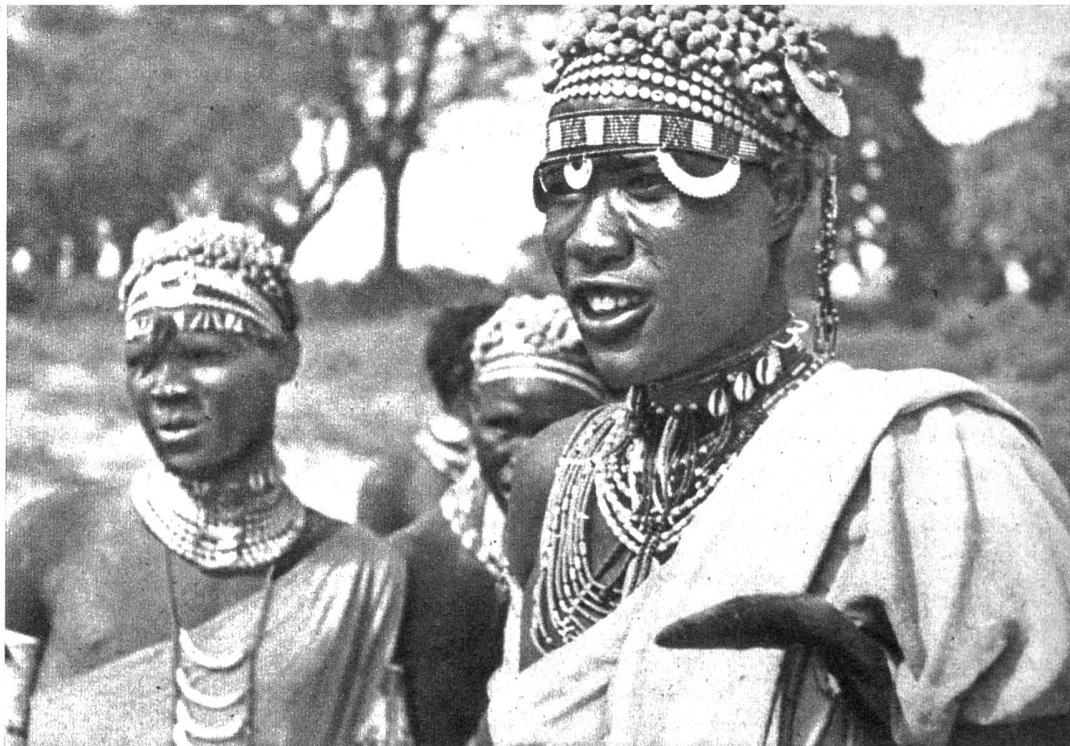
Auf dem Spiel steht in erster Linie das britische Kolonialreich in Afrika und Indien. Gewisse politische Anzeichen lassen darauf hindeuten — Ibn Saud war bei König Faruk in Kairo; Russlands Anspielungen auf nordafrikanische Häfen; Frankreich wünscht Erweiterung seiner Kolonien in Afrika; Amerikas Mitspracherecht in Afrika —, dass in nächster Zeit in dieser Hinsicht etwas gehen wird. Stimmen erheben sich aber auch im Innern der Kolonialländer selbst, wie Afrika den Briten usw. So hoffen zum Beispiel die Ägypter, dass bei den Verhandlungen über die Revision des britisch-ägyptischen Vertrages von 1936 der gegenwärtig im Brennpunkt stehende Sudan zur Behandlung komme und bei der Sudan mit seinen benachbarten Ländern vereinigt und in jeder Beziehung frei werden soll. Unter dem Sudan versteht man allgemein den Landgürtel vom Atlantischen Ozean bis zum Westhang von Abessinien. Sudan selbst, ein Land, von dem gesagt wird, es sei das heisseste der Erde, wird umgeben von Ägypten im Norden, Französisch-Äquatorialafrika im Westen, Belgisch-Kongo und Britisch-Ostafrika im Süden und Abessinien im Osten. Ebenso wichtig wie die



Produkte des Landes, wie Kaffee, Tee, Datteln, Gummi, Bananen usw. ist für die Engländer die strategisch-geographische Lage des Sudans, der im Herzen Afrikas liegt. Von hier aus halten die Kolonialherren ein wachsames Auge. Als Beobachtungsposten dient er ihnen in vorzüglicher Weise zur Kontrolle der andern Länder Afrikas, und es ist klar, dass diese «getarnte Schlüsselstellung» nicht so ohne weiteres preisgegeben wird. Es darf aber auch gesagt werden, dass sich die Briten in die Angelegenheiten der Einheimischen nicht einmischen. Im Sudan leben eine Anzahl freier, wilder, von der Zivilisation nur wenig berührte Eingeborenenstämme, die ungehindert ihrer «Beschäftigung» nachgehen, sei es Jagd auf Wildtiere oder auf Fischfang im Kanu durch wunderbare Tropenlandschaften.

Unsere Afrikabilder stammen von J. Naegeli, Gstaad, welcher vor noch nicht langer Zeit den Sudan besuchte und wertvolles Material nach Hause brachte.

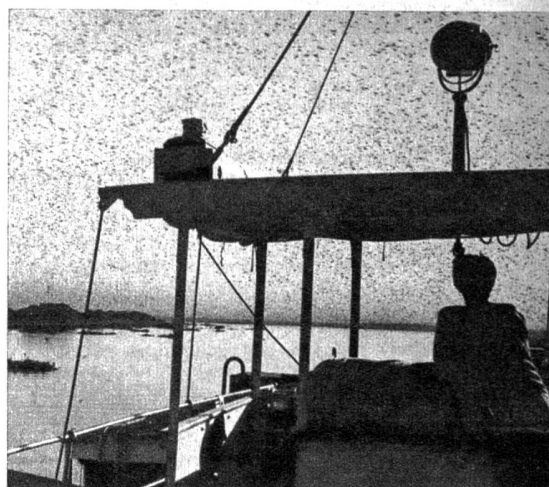
Tic.



Markante Negertypen aus dem Sudan in ihrem „Staatsschmuck“



Von Wadi Halfa durchfährt der Sudan-Express die nubische Wüste und hält in Khartum



Fliegende Heuschrecken sind im Sudan eine grosse Plage. Wenn die Heere heranziehen, dämmert es, und wo sie sich aufs Grüne niederlegen, wird innert kurzer Zeit alles kahl gefressen

Links:

Hier, im sudanesischen Urwald, ruft noch die echte Stimme Afrikas. Soeben stellt sich ein Prachtsexemplar eines Elefantens zum Angriff